

# Neueste Zeitung

## Halle'sche Neueste Nachrichten • Handelsblatt für Mittelddeutschland

Das „Neueste Zeitung“ erscheint an jedem Werktag nachmittags. Der monatliche Verkaufspreis beträgt 1,50 Reichsmark. Der monatliche Abonnementspreis 16,50 Reichsmark, der halbjährliche 82,50 Reichsmark, der jährliche 165 Reichsmark. Die Anzeigen werden nach Kolonnen-Zeilen berechnet; die Zeile 0,25 Reichsmark.

### Neues in Kürze.

#### Drainagemalereien und Kabinettprogramme.

Der Reichspräsident Hindenburg empfing gestern als Vertreter des Bundes der Rinderzüchter die Herren Konrad (Düsseldorfer, Vorsitzender) und General Dir (Berlin, Reichsgeschäftsführer des Bundes) und nahm von ihnen eine Darlegung der Ziele und Wünsche des Bundes entgegen. Ferner empfing der Reichspräsident u. a. den Generalleutnant für die deutschen Reparationszahlungen Hr. Parter-Gilbert.

Der Steuerantrag des Reichstages begann gestern die erste Lesung des Gesetzentwurfs über den Finanzausgleich zwischen Reich, Ländern und Gemeinden, der schwere Kämpfe erwarten läßt, da trotz der unumstößlichen Gesamterwartung des Volkes werden das Reich noch die einzelnen Länder noch die Gemeinden mit ihren Geldern auskommen und nun, fast mittellos, d. h. harpau zu wirtschaften, einer dem anderen einen möglichst hohen Steueranteil wegschnappen will.

Im Handelsauschuß des Reichstages wurde ein Zentrumsantrag angenommen, wonach das Ministerium für die belehnten Gebiete selbstständig zu machen und mit eigenen Ministern zu besetzen ist.

Im handelspolitischen Auschuß des Reichstages wurde gestern die Generaldebatte über den Zolltarif zu Ende geführt. Wesentlich neue Momente traten in der Debatte nicht zu Tage. Die Einzelberatung beginnt am Freitag.

Zur Frage der Regierungsbildung in Preußen fanden am Donnerstag Besprechungen zwischen Vertretern des Zentrums, der Demokraten und Sozialdemokraten statt. Es wurde zum Ausdruck gebracht, daß eine weitere Behandlung der Frage bis zum Herbst zu versetzen sei, wenn nicht die Deutsche Volkspartei sich dahin schlüssig mache, zu der Politik der großen Koalition zurückzukehren.

Der sächsische Landtag hat gestern einen kommunistischen Antrag auf Auflösung des Staatsgerichtshofes in Leipzig einstimmig angenommen. Ein internationaler Mißtrauensantrag gegen den Finanzminister Dr. Reinhold wegen seiner Förderung der sächsischen Staatskapitalismus zum Schaden der Reichsbetriebe wurde gegen die Stimmen der deutschen, linkssozialistischen und Kommunisten abgelehnt.

In einem Rundschreiben des Preussischen Innenministers werden die Gemeindebedürfnisse darauf hingewiesen, daß es mit den zurzeit geltenden Wahlrechtsvorschriften unvereinbar ist, wenn eine Gemeinde nach einer freiwilligen Wahl oder Abstimmung die öffentliche Belange der Personen beschließt, die von ihrem Stimmrecht keinen Gebrauch gemacht haben. Eine solche Maßnahme würde auf mittelbare Einführung der Stimmpflicht hinauslaufen, die bisher von den Parlamenten abgelehnt worden ist.

Der Reichsverband der Deutschnationalen Volkspartei hat beschlossen, den großen Reichsparteitag der Deutschnationalen Volkspartei Mitte Oktober dieses Jahres in Köln abzuhalten.

Die Rheinlandkommission hat den Ausschluß folgender Zeitungen aus dem deutschen Gebiet für die Dauer eines Monats, vom 3. Juli ab gerechnet, angeordnet: Deutsche Allgemeine Zeitung, Berlin; Franfurter Nachrichten, Frankfurt a. M.; Saarbrücker Zeitung; Bayerische Staatszeitung, München und Bayerischer Kurier, München.

Nach einer Spaauswertung hat der französische Wirtschaftsminister Clamey gestern nachmittags Staatssekretär Dr. Trendelenburg empfangen, um ihm die französische Antwort betreffend des vorläufigen Handelsabkommens zu überreichen.

Die französische Kammer hat entgegen dem Rat Cailloax den Wortlaut der Gesetzesvorlage über die Aufgabe der Auslandsguthaben mit den Änderungen des Senats mit 350 gegen 229 Stimmen angenommen.

Wie der amtliche englische Funddienst meldet, hat die englische Regierung in den letzten Tagen an Frankreich, Serbien, Rumänien und Griechenland je eine Note zur Frage der Kriegsschäden übersendet. — Das wesentliche ist natürlich die Note an Frankreich: Die Franzosen sollen durch den Druck auf den sowjetischen Räten fruchtig gemacht werden, daß sie Englands Sowjetpolitik und evtl. auch Chinapolitik unterstützen.

Die spanische Regierung hat sich zu neuen Verhandlungen über Abänderung des eben abgeschlossenen deutsch-spanischen Wirtschaftsvertrages bereit erklärt. Eine deutsche Delegation unter Führung des früheren bairischen Ministerpräsidenten Graf Zeppelin ist gestern bereits nach Madrid abgereist.

### Die Stellungnahme zu den Noten.

#### Kabinettsitzungen / Große Reichstagsdebatte in Sicht / Keine Interpellation der D. V. P. / Die Kommunisten gegen das Sicherheitsangebot.

Das Kabinettsamt setzte gestern die Beratungen über die außenpolitische Lage fort. Der Reichsminister des Auswärtigen berichtete über den Stand der Vorbereitungen die Verantwortung der französischen Sicherheitsnote.

Es besteht über die Grundlinien dieser Antwort Einverständnis und es ist die Vorlage eines Entwurfs im Kabinettsamt ehestens zu erwarten. Wie wir erfahren, findet am Sonnabend die abschließende Sitzung des Reichskabinetts in der Sicherheits- und Entwaffnungsnote statt.

Die große außenpolitische Debatte im Reichstag beginnt voraussichtlich am Donnerstag oder Freitag der nächsten Woche. Die deutsche Antwortnote an Briand soll vorher, also bis spätestens Mitte der Woche, nach Paris abgehen. Eine zweite ausführlichere Note soll folgen.

Wie die Blätter berichten, verhandelte Reichsminister Dr. Luther im Anschluß an den Kabinettsamt mit den Führern der Reichstagsopposition der Deutschen Volkspartei. Die Reichstagsopposition der Deutschen Volkspartei veröffentlichte nach dieser Besprechung eine Erklärung, in der sie mitteilt, daß die Fraktion von der Einbringung einer Interpellation zunächst absehen werde, nachdem der Reichstagler erklärt habe, daß eine Ausdrucksache über die außenpolitische Lage im Reichstag noch in dieser Tagung stattfinden werde.

Der „Kgl. Rundschau“ zufolge hat die Reichstagsopposition der Deutschen Volkspartei Richtlinien für den Abbruch eines Sicherheitspaktes ausgedrückt, in denen es heißt:

Die Deutsche Volkspartei stimmt der Initiative der deutschen Regierung zu, eine Lösung der Sicherheitsfrage nicht gegen Deutschland herbeizuführen. Sie fordert, daß die in Gang gebrachten Erörterungen den Grundgedanken des deutschen Memorandums fortgeführt werden. Unter Ablehnung der Hineinziehung jeder militärischen Wunschklausel Frankreichs.

Der Eintritt Deutschlands in den Völkerbund sei vor der Räumung der Ruhr und der Gantionsgebiete sowie auch der ersten Rheinlande unbedenklich. Er ist weiteres Festhalten an dem Grundgedanken des deutschen Memorandums über den Völkerbund voraus. Wenn auch der Sicherheitspakt den Vertrag nicht abändert, so könne doch Deutschland

keine Verpflichtung entgegennehmen, die sich aus dem Vertrage ergebende Lage hinnehmen. Im Zusammenhang mit einem Sicherheitspakt

ergäbe sich die Notwendigkeit, die Besetzung und das Rheinlandabkommen den veränderten Verhältnissen anzupassen. Alle Streitigkeiten aus dem Vertrag, insbesondere auch über die Entmilitarisierung des Rheinlandes sowie über das Rheinlandabkommen müßten einem Schiedsverfahren unterstellt werden. Jede Wiederannahme früherer

Santionsmaßnahmen sei abzulehnen. Schiedsverträge dürften Deutschland nur als Subjekt seiner Politik in voller Freiheit abzuschließen.

Garantie und Entschädigung über die Verletzung durch den Bundesgenossen eines Vertragsstückes sei mit dem Völkerrecht unvereinbar. Nur bei Wahrung aller dieser Grundbedingungen der Deutschen Volkspartei der Abschluß eines Sicherheitspaktes mit Deutschland vereinbar.

Eine kommunistische Interpellation im Reichstag fragt die Regierung, ob sie bereit ist, zu der durch die Antwortnote Briands auf das Gemeinschaftliche Garantieangebot gegebenen Lage im Reichstag sofort Stellung zu nehmen. Ferner wird die Regierung gefragt, ob sie geneigt ist, auf die Note Briands die einzig mögliche Antwort zu geben: „Sofortige Zurückweisung des Gemeinschaftlichen Vorschlages.“ Ferner wird gefragt, ob die Regierung bereit ist, mitzuteilen, ob es noch eine einheitliche Außenpolitik des Kabinetts Luther gebe.

Dazu schreibt uns unser Berliner Vertreter: Es bestätigt sich, daß die deutsche Antwort unbedingt vor der großen politischen Debatte im Reichstag in Paris sein soll. Die Gründe für die Haltung der Reichsregierung liegen darin, daß man die Verhandlungen mit Frankreich nicht durch eine mehr oder weniger scharfe Kritik des Reichstages an den französischen Vorschlägen stören lassen will, wenigstens soll dann die Stellungnahme der Reichsregierung und der Vorschlag zu einem weiteren Meinungsaustausch schon als positiv zu Händen des französischen Kabinetts sein.

Wiel neues wird die deutsche Antwort nicht bringen, weil sie nur der Vorläufer einer größeren deutschen Note sein und Frankreich zu weiteren Besprechungen einladen soll. Im diplomatischen Verkehr nennt man eine solche Note eine „Initiative“.

Das Reichskabinettsamt hat, wie wir zuverlässig erfahren, die Absicht, die Sicherheitsfrage mit Frankreich innerhalb der nächsten zwei Monate getarnt zu lösen.

Angenommen wurde folgender Antrag:

Der Staatsrat kann der Vorlage des Ministeriums nicht zustimmen. Die Hauszinssteuer ist ihrer Natur nach als Steuer für allgemeine Staatszwecke nicht geeignet. Die für allgemeine Staatszwecke erforderlichen Mittel müssen bei der gegenwärtigen Regelung der Finanzhoheit in erster Linie durch eine ausreichende Beteiligung der Länder und Gemeinden an den Reichsteuern hergestellt werden. Eine Beteiligung von 90 Prozent an der Einkommen- und Körperschaftsteuer hält hierbei der Staatsrat für unumgänglich.

Ohne Aussprache stimmte der Staatsrat den Entwurf über Festsetzung des Besoldungsdiensalters der Schutzpolizeibeamten zu. Nächste Sitzung Dienstag, den 21. Juli.

### Todesurteil gegen die drei deutschen Studenten.

Moskau, 3. Juli. Der Oberste Gerichtshof verurteilte nach fünfjährigalldingiger Beratung Kindermann, Hofst und v. Dittmar zur Todesstrafe. Gegen das Urteil kann Berufung nicht eingelegt werden. Das Urteil ist endgültig. Den Verurteilten steht jedoch das Recht zu, innerhalb einer Frist von 72 Stunden nach Einbringung des Urteils ein Gnadengesuch beim Zentralvollzugsausschuß der Sowjetunion einzulegen.

### Brief aus Shanghai.

Von Dr. Arthur Landsberger.

China hat zwei Köpfe. Einen chinesischen und einen europäischen. Der europäische ist Shanghai. Und obwohl der nur für ein paar mal Hunderttausend, der chinesische für beinahe vierhundert Millionen deutet, ist es doch, der die Entscheidung vorbereitet. Ueber das Schicksal der Welt, denn das wird nicht durch, wohl aber mit China entschieden werden.

Ist die Jahrtausende alte Kultur Chinas auch verfallen, so verpörrt man doch noch nie von einem Geistes Hauch. Man braucht nur nach Shanghai oder Souchow hinanzusehen. Fröhlich, hirtlich, geistlich ist der Chinese. Gemüht aber ist er außerdem — und das ist letzter Ausdruck alter Kultur — feinfühlig bis in die Fingerringe. (Auch diese Feinfühigkeit, die seinen Knöchel und Gelenke ihm charakteristisch; sie mühen oft an wie äußere Zeichen feinerster Gemütsamkeit).

Der Chinese läßt den Europäer viel deutlicher als der Europäer ihn. Wohlhabender: er fühlt ihn, er durchgibt ihn nicht. Aber vom Fühlen bis zum Durchschauen ist nur ein Schritt. Und was der Shanghai aber europäische Kultur aufschreibt, empfängt er als unerschöpflich lachend. Aber er ist nicht mit dem prominenten Chinesen, deren Mittel und Einfluss Millionen vor Chinesen Richtung im Denken und Handeln weist, gesprochen — sie sind mit mir der Meinung, daß Shanghai das europäische Hauptquartier für die Befruchtung und Bereicherung Chinas ist. Aber sie glauben weder an das eine noch an das andere, weil sie fühlen, daß das Europa Shanghai's schlechtestes Europa ist. Sie kennen die Welt und wissen, daß es ein betteres Europa gibt. Sie freuen sich, daß das zu Hause bleibt.

Amerika fürchten sie gar nicht. Denn — sagen sie — „Das ist an sich schlechtestes Europa. Aber da glaubt, daß der Materialismus die Geschichte der Welt bestimmt, der Irrt. Es war noch immer der Geist — der, Gott sei gedankt, nicht kauftlich ist.“

Nur wer China nicht kennt, kann Amerika das Land der unbegrenzten Möglichkeiten nennen. Amerika das Land der unbegrenzten Zahlen kein, aber lechlich ist dort nichts zu holen, da ein Amerikaner dem anderen nicht, wie eine Redemalshine der anderen — nur ein Unterschied bei dem „Geldem“. So muß er sich in China noch unbeliebt machen als der Japaner. Des China Jahrtausende alter Kultur ist heute die Welt — Indien mit einbezogen — das eine Land, das noch nicht vom Kapitalismus befallen ist — in des Wortes doppelter Bedeutung. Dabei ist der Aufwand beispiellos, mit dem Amerika und China nicht. Am Amerikaner nimmt es nun Chinesen schämen, die von amerikanischen Millionen geleitet werden — nicht, um die kleinen Gelder zum Christentum zu bekehren — vielmehr um sie den das gegen Japan zu lehren und ihnen zu probieren, daß aller Lebenswettbewerb selbst sich in „Aussehen“ erschöpfen.

Wäre der Amerikaner ein wenig mehr Menschenkenner, so würde er, daß die Ameisliche Volkssee seinen Maximen völlig verständig gegenüber, und er würde auch, daß er die Dampfmaschine ist, wenn das nächste Ereignis malter Fremden, nimmt, im Vergleich zu dem der letzter Tage auf ein Kinderlieb zu demer. Jeder, der ein paar Jahre in China lebt, weiß, daß wir vor solchen Maßstaben stehen — jedes weiß aber auch, wo der Dampfmaschine ist. Wenn man lernt man am besten an Volksbefruchtungen kennen. Das Gospel, dem amerikanischen Missionar, der mit einem Nischenrad China durchwandelte, hat er als tam, nannte er ein kleine Köstlichkeit kein — habe ich an vierundzwanzig Stellen innerhalb kurzer Zeit von ihm schenken hören. In England und Japan in China werden, bereit aber ist es, daß Deutschland, keimten es nicht mehr die Möglichkeit hat, mit diesen Staaten in Wettbewerb zu treten, in der Gung der Chinese vorantreibt.

Es läßt die Gleichheit des Schicksals. Zwei große, tüchtige Nationen, der Welt andere ausgeliefert, nachdem diese sie nicht zum Absterben gemacht haben. Den Deutschen aber muß man immer wieder probieren und ihnen China als Schulplatz vor zu halten, wie ein Volk ohne Nationalgefühl e Spielball in den Händen der anderen unschuldig ein Volk von Kulis wird.

Es ist kaum glaublich aber wahr, daß die 2 Millionen Schweizer ein weit wichtigeres Wort im Rate der Völker mitzubringen haben als die 2 Millionen China, mit seinen fast vierhundert Millionen Bewohnern.

Dem Chinesen ist kein Vaterland gleichgültig, sofern er nur den nötigen Reis hat, um sein Hunger zu stillen. Er kennt über sich hinaus — die Familie, durch die er mit dem Himmel — mit der Welt, verbunden ist. Der Ausgangspunkt, von dem aus Nationalgefühl zu suchen, ist also gegeben. Wenn ich ein paar Jahre

